

Die Kirchenpolitik Frankreichs in seiner Besatzungszone

Von Martin Greschat

[Zweiter Teil*]

3. Die „Weihnachtsbitte“ für die Kriegsgefangenen

Die Sorge um das Schicksal der kriegsgefangenen und vermißten Männer, Väter, Brüder und Söhne bewegte in hohem Maße große Teile der deutschen Bevölkerung. Folgerichtig befaßte sich auch der Rat der EKD seit seinem Bestehen mit diesem Problem⁷². Um den Gemeinden und insbesondere den Betroffenen Trost zu spenden, beschloß der Rat, eine Gebetswoche zu dieser Thematik im gesamten Bereich der EKD durchzuführen⁷³. Diese Veranstaltungen sollten an jedem Abend vom 29. September bis zum 5. Oktober 1946 stattfinden. Die Kanzlei der EKD mit ihrem Präsidenten Hans Asmussen und das Evangelische Hilfswerk, geleitet von Eugen Gerstenmayer, übernahmen die Einzelheiten der Vorbereitung und Durchführung. Man verteilte ein liturgisches Formular, mit Schriftlesungen und der Zusammenstellung von Gebetsanliegen. Ein von Asmussen verfaßtes Grußwort an die Frauen kriegsgefangener Pfarrer sollte verteilt und ein Wort des württembergischen Landesbischofs und Ratsvorsitzenden Wurm verlesen werden. Gleichzeitig wurden die Gemeinden aufgefordert, den Vertretern des Hilfswerks Bücher und Noten für die Gefangenen in Lagern auf deutschem Boden zu spenden.

Kennzeichnend für diese Veranstaltung war zweierlei: Sie konzentrierte sich zum einen voll und ganz auf die eigenen kirchlichen Kreise, auf den Trost und die Stärkung der Gemeinden. Und sie fand dabei – das ist das Andere – einen lauten, nachdrücklichen und dankbaren Widerhall. Nicht wenige Gemeindeglieder drängten auf eine Fortsetzung oder Wiederholung dieses kirchlichen Eintretens für die Kriegsgefangenen. Wenige Tage später, auf seiner Sitzung am 10./11. Oktober 1946 in Frankfurt am Main, beschloß

* Erster Teil in diesem Band 216–236.

⁷² Sehr instruktiv ist dazu jetzt: Carsten Nicolaisen – Nora A. Schulze (Hrg.), Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bd. 1, 1945/46, Göttingen 1995.

⁷³ Die folgenden Ausführungen basieren auf Materialien im Landeskirchlichen Archiv (LKA), Stuttgart, Bestand 380a II, Altregistratur.

der Rat der EKD, sich mit einer großangelegten „Bittaktion der Gemeinden für die Freilassung der Kriegsgefangenen“ an die politische Öffentlichkeit zu wenden⁷⁴. Das war offenkundig ein anderes, neues Konzept gegenüber der soeben abgeschlossenen Gebetswoche. Es repräsentierte auch insofern eine veränderte Konzeption, als darin den Gemeinden und dem Ratsvorsitzenden, der Kirchenkanzlei der EKD sowie wiederum dem Hilfswerk genau umrissene Aufgaben zugewiesen wurden. Am 1. Advent – das war der 1. Dezember 1946 – sollten die konfirmierten Gottesdienstbesucher sich durch die namentliche Eintragung in ausgelegte Listen für die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen erklären. Zur Vorbereitung dieser Aktion würde an drei Sonntagen vor dem 1. Advent – also am 10., 17. und 24. November – ein „Aufruf“ des Rates verlesen werden, dessen entscheidender Satz lautete: Man habe sich zwar schon seit langem um die Besserung des Loses der Kriegsgefangenen und um ihre Entlassung bemüht, doch: „Nun will sich der Rat den Bitten der Gemeinden nicht verschließen, auch in der Öffentlichkeit für unsere Kriegsgefangenen einzutreten.“⁷⁵

Der Text, mit dem das geschah, trug die Überschrift „Weihnachtsbitte der Christen in Deutschland an die Vertreter der Welt“⁷⁶. Neben dem Hinweis auf die besondere Bedeutung des Weihnachtsfestes für die deutsche Familie stand das Werben um die Unterstützung der Mütter, Familienväter und aller Christen im Ausland mitsamt dem Wunsch, „daß durch brüderliche Vergabung eine neue Gemeinschaft unter uns Menschen entstehe“. Doch dieses Ziel war in Gefahr. Mahnend und zugleich warnend fuhr der Text deshalb fort: „Der Christtag, das Fest besonderer Freude, wird für ungezählte Menschen zum Tag besonderer Not. Der Glaube, daß es noch Barmherzigkeit unter den Menschen gibt, droht in unserem Volke zu zerbrechen. Der Schmerz ist groß. Die Menschen wollen sich nicht trösten lassen.“ Darauf folgte die Bitte: „Wir bitten die Christen in aller Welt und darüber hinaus alle, die ein Empfinden für echte Menschlichkeit, für ein rechtes Familienleben und für eine neue Völkergemeinschaft haben, daß sie das Leid unserer Kriegsgefangenen und ihrer Familien beenden helfen.“

Der Ratsvorsitzende sollte dann das Ergebnis der Bittaktion, also die Zahl der Unterzeichner, den infrage kommenden kirchlichen und politischen Stellen mitteilen, d.h. „an die Regierungen der Gewahrsamsstaaten, den Kontrollrat, das Internationale Rote Kreuz, den Ökumenischen Rat, die Kirchen der Gewahrsamsstaaten und an den Weltbund der YMCA“⁷⁷. Letzterer wurde mit einbezogen, weil er bei der Betreuung der Kriegsgefangenen eine wichtige Rolle spielte.

Der Kirchenkanzlei und dem Hilfswerk war schließlich die Aufgabe zugeordnet, die deutsche Öffentlichkeit über die geplante Aktion zu informieren sowie die Kriegsgefangenen durch den Ökumenischen Rat sowie den YMCA, ferner die Durchführung der Bittaktion zu organisieren und die katholische Kirche sowie die Freikirchen zum Mitmachen einzuladen. Am

⁷⁴ Ratsprotokolle (wie Anm. 72) 650 f.

⁷⁵ Ebd. 663.

⁷⁶ Gedruckt ebd. 662 f.

⁷⁷ Wie Anm. 74.

21. Oktober verschickte die Kirchenkanzlei die erforderlichen Materialien an die Gliedkirchen der EKD⁷⁸. Am 12. November teilte Asmussen ihnen mit, daß die Katholiken und Freikirchen sich an der Aktion beteiligen wollten, weshalb der Termin für die Unterzeichnung auf den ersten und zweiten Weihnachtstag verschoben werden müsse⁷⁹. Doch es sei denkbar, sowohl am 4. Advent als auch an den Weihnachtsfeiertagen die Unterschriftenlisten auszulegen. Einzelne Landeskirchen – wie z.B. die bayerische – übernahmen diese Anregung, andere – so die württembergische – entschieden sich für den späteren Termin⁸⁰.

Bei alledem handelte es sich eindeutig nicht allein um eine seelsorgerliche, sondern auch um eine politische Aktion. Und sie trug eindeutig einen nationalen, nämlich gesamtdeutschen Charakter. Denn selbstverständlich waren die Kirchen in der Sowjetischen Besatzungszone mit einbezogen. Die „Ostkonzferenz“ – also das Beratungsgremium der evangelischen Landeskirchen in der Sowjetischen Besatzungszone – beschloß auf seiner Sitzung am 6. November, sich hinter den Ratsbeschluß zu stellen⁸¹. Die sowjetische Militäradministration hatte man informiert, Einwände gegen das Projekt waren hier nicht erhoben worden. Allerdings verzichteten diese Kirchen von vornherein auf eine demonstrative Aktion. Im Anschluß an den Gottesdienst sollte im Rahmen einer liturgischen Feier – mit Psalmenlesung, Gebet und Lied⁸² – die Zustimmung zur „Weihnachtsbitte“ mit einem gemeinsamen lauten Ja der Versammelten erteilt werden.

Intensiv wurde auf der Ostkonferenz die Frage diskutiert, ob sich die geplante Aktion theologisch rechtfertigen ließe. Auch in den Westzonen machte man sich darüber Gedanken. So äußerte z.B. der württembergische Pfarrer Fritz Mack erhebliche Bedenken, weil er in dem Aufruf des Rates weder die Aufgabe des Predigers noch diejenige der Fürbitte angemessen berücksichtigt fand. Werde da nicht die Bildung „einer ganz falschen kirchlichen Einheitsfront“ vorangetrieben?⁸³ Dem evangelischen Oberkirchenrat in Stuttgart waren solche Bedenken keineswegs fremd. Er erlaubte Pfarrer Mack deshalb auch, die Aktion im Rahmen eines besonderen Gottesdienstes am zweiten Weihnachtstag durchzuführen. Prinzipiell beharrte die Kirchenleitung jedoch auf der Abwicklung des angeordneten Programms – eben um die „Einheitlichkeit“ der EKD zum Ausdruck zu bringen. Das war dieselbe Argumentation, mit der die Kirche in der Sowjetischen Besat-

⁷⁸ Ebd. 651.

⁷⁹ Die Unterlagen hierzu und zum folgenden finden sich im LKA Stuttgart, Bestand 380a II, Altregistratur.

⁸⁰ Wie Anm. 79.

⁸¹ Michael Kühne, Die Neuordnung des kirchlichen Lebens in der Sowjetischen Besatzungszone. Die Protokolle der kirchlichen Ostkonferenz 1945–1950, Diss. theol. masch., Naumburg 1993, 178 f.

⁸² Das liturgische Formular der Thüringischen Landeskirche vom 12. November 1946 findet sich im LKA Stuttgart (wie Anm. 73).

⁸³ Schreiben vom 13.11.1946 (wie Anm. 73). Die Antwort des Evangelischen Oberkirchenrates (EOK) Stuttgart vom 29.11. ebd.

zungszone in „Einmütigkeit“ die geäußerten „grundsätzlichen theologisch-kirchlichen Bedenken“ überwandern⁸⁴.

Wenngleich die Franzosen und dann auch die Sowjets die Durchführung der „Weihnachtsbitte“ in ihren Besetzungszonen untersagten – davon wird noch zu reden sein – erzielte der Rat der EKD mit seiner Aktion einen beachtlichen Teilerfolg. Neun Millionen evangelischer Christen hätten sich in der britischen und amerikanischen Zone in die Listen eingetragen, berichtete im März 1947 die Kirchenkanzlei⁸⁵. Allein in Bremen übergab der Kirchenpräsident den Vertretern der Militärregierung mehr als hunderttausend Unterschriften⁸⁶. Im amerikanisch besetzten Teil Württembergs unterzeichneten 544.278 evangelische Christen. Nach der Volkszählung von 1939 hatten in diesem Gebiet 1.373.932 Protestanten gelebt⁸⁷.

Stichproben aus einzelnen Gemeinden belegen, daß die Aktion der EKD Zustimmung in breiten Teilen der Bevölkerung fand, keineswegs eingegrenzt auf die Kerngemeinden. In Kirchenlamitz in Bayern z.B. trugen sich 1.890 Personen in die Listen ein. Der normale Gottesdienstbesuch lag hier bei „einigen hundert“⁸⁸. Von einer ähnlich breiten Resonanz, die erheblich über dem durchschnittlichen Kirchgang lag, wurde auch aus anderen Gemeinden berichtet. So notierte etwa der Pfarrer von Osthofen in Hessen stolz: „Am 1. Advent wurden über tausend Unterschriften gesammelt in der Kirche für die Weihnachtsbitte an die Völker der Welt zur Loslassung der Kriegsgefangenen.“⁸⁹ Sein Kollege in Alzbach berichtete: „Über achthundert Unterschriften sind für die Weihnachtsbitte an die Christen der Welt für die Freilassung der Kriegsgefangenen eingegangen. Auf die Bolschewiken wird dies wenig Eindruck machen!“⁹⁰

Doch es waren nicht die Russen, sondern die Franzosen, die durch ihren vehementen Einspruch die Wirkung der großangelegten Aktion der EKD unterbanden. Hierbei handelte es sich, wie gesagt, keineswegs nur um einen seelsorgerlichen Akt, sondern um eine politische Aktion und gleichzeitig einen gezielten Vorstoß der Kirchenkanzlei mit ihrem Präsidenten Hans Asmussen. Theologische und politische Gesichtspunkte gingen dabei ineinander über. Asmussen hatte, vollends seit dem Sommer 1946, darauf gedrängt, die Stuttgarter Schulderklärung vom Oktober 1945 durch ein Wort des Trostes und der Vergebung für die evangelischen Christen in Deutschland zu ergänzen⁹¹. Engagiert trug er diesen Plan auf der Sitzung des Bru-

⁸⁴ Wie Anm. 81.

⁸⁵ Schreiben vom 12.3.1947 an den EOK Stuttgart (wie Anm. 73).

⁸⁶ Almuth Meyer-Zollitsch, Nationalsozialismus und evangelische Kirche in Bremen, Bremen 1985, 317, Anm. 14.

⁸⁷ Schreiben des EOK Stuttgart vom 3.1.1947 an die Kirchenkanzlei der EKD (wie Anm. 73).

⁸⁸ LKA Nürnberg, Pfarrbeschreibungen, Nr. 663.

⁸⁹ Zentralarchiv der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Darmstadt, KB 18 a, 135.

⁹⁰ Ebd., KB 10 a, C 56. Weitere Zahlen bei Baginski, *Politique Religieuse* (wie Anm. 41) 216 f.

⁹¹ Vgl. zu den Einzelheiten: Martin Greschat, *Die Schuld der Kirche*, München 1982, besonders 272–276.

derrates der EKD am 16. und 17. Juli in Darmstadt vor. Seine Ausführungen hatten für die Mehrheit der Delegierten etwas Bestechendes. Denn Asmussen betonte ausdrücklich, er wolle an der Stuttgarter Erklärung festhalten. Lediglich um deren Konkretisierung ginge es ihm. Das meine zum einen: der Ökumene – und damit vor allem den westlichen Siegermächten – müsse die schreckliche Not in Deutschland auf das Gewissen gelegt werden. Und das bedeutete zum andern, im Blick auf das eigene Volk: Denjenigen, die sich die Schulderklärung des Rates der EKD gegenüber den Vertretern der Ökumene persönlich zu eigen machten, müsse jetzt auch die Vergebung zugesprochen werden – ebenso, wie im Gottesdienst auf das Schuldbekenntnis der Gemeinde die Absolution durch den Pfarrer erfolge.

Diese theologische Argumentation wurde zunächst nicht weiter diskutiert. Aber Einigkeit herrschte darüber, daß man öffentlich Stellung beziehen müsse angesichts der trostlosen Lage der Bevölkerung. Dieselbe Überzeugung erfüllte den Rat der EKD. Auf der erwähnten Sitzung am 10./11. Oktober 1946 in Frankfurt am Main beschloß er deshalb nicht nur – wie berichtet – die „Weihnachtsbitte“, sondern auch ein öffentliches „Wort“ des Ratsvorsitzenden, also Bischof Wurts, „zur Deutschen Not“⁹². Und wieder war es Asmussen, der wenig später Wurm nicht nur einen ausführlichen „Report“ über die „Schuld der Andern“, also der Siegermächte, vorlegte, sondern auch wiederum konkrete Vorschläge unterbreitete, auf welche Weise man mit einem solchen Text wirksam die kirchliche ebenso wie die politische Öffentlichkeit erreichen könnte⁹³.

Asmussens „Report“ handelte von den schrecklichen Gegebenheiten, denen die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge ausgesetzt waren, von den schlimmen Zuständen in der Sowjetischen Besatzungszone, aber ebenso von Mißständen in anderen Zonen, vom Elend der Kriegsgefangenen im Osten, aber auch in Frankreich, von den üblen Verhältnissen in den Lagern der Zivilinternierten, von den Ungerechtigkeiten der Entnazifizierung sowie den mannigfachen Behinderungen der deutschen Wirtschaft. Gründlich und ausführlich setzte sich Asmussen sodann mit dem Einwand auseinander, daß die Deutschen weder moralisch noch unter theologischen Gesichtspunkten betrachtet berechtigt wären, auf die Schuld der anderen Völker und Staaten hinzuweisen. Asmussen wies solche Einsprüche nachdrücklich zurück und bezeichnete es geradezu als die Aufgabe der Kirche, Unrecht und Schuld – wo immer sie begegneten – unerschrocken beim Namen zu nennen, erst recht in der gegenwärtigen Situation, wo allein die Kirche in der Lage sei, „den Völkern der Welt“ die Wahrheit zu sagen. Die Kirche sei darum nicht der Anwalt aller Wünsche und Sehnsüchte des eigenen Volkes. Aber dieses dürfe doch das Bewußtsein haben: „die Kirche wache über ihren Gliedern und sei ebensowenig der verlängerte Arm der Besatzungsmächte, wie sie der verlängerte Arm des früheren Regimes war“⁹⁴.

⁹² Ratsprotokolle (wie Anm. 72) Bd. 1, 659.

⁹³ Ebd. 739–754.

⁹⁴ Ebd. 753.

Geboten erschien Asmussen jetzt die folgende Vorgehensweise⁹⁵: Zunächst müsse sich der Rat der EKD auf seiner nächsten Sitzung mit dieser Thematik befassen. Danach sollte eine Zusammenkunft aller „im leitenden Amt stehenden Geistlichen der Gliedkirchen der EKD“ stattfinden, um sich sowohl über die Lage als auch ein gemeinsames Wort zu einigen – das dann in feierlicher Form „führenden Kirchenmännern der Ökumene“ zu übergeben wäre. Gleichzeitig sollten alle Pfarrer über diesen Schritt informiert werden und dem Alliierten Kontrollrat ebenso wie den deutschen Länderregierungen wäre die Denkschrift über die deutsche Not zuzustellen.

Dieser Plan wurde insofern verwirklicht, als der Rat der EKD auf seiner Sitzung am 26. und 27. November tatsächlich ausführlich darüber diskutierte und schließlich die von Asmussen gewünschte Konferenz aller leitenden Geistlichen der Gliedkirchen für den 22./23. Januar 1947 in Treysa beschloß⁹⁶. Zur Vorbereitung der Tagung versandte Asmussen „an die Herren Bischöfe und leitenden Amtsträger“ am 29. November eine überarbeitete und teilweise gemilderte Fassung seines „Reports“ für Bischof Wurm sowie den Entwurf für den erwähnten kirchlichen Gnadenzuspruch⁹⁷. Asmussen informierte auch über die Kritik, die im Rat gegenüber seinem Vorhaben laut geworden war. Doch ihn trug die Überzeugung, jetzt an einem entscheidenden Wendepunkt zu stehen: „Man wird damit rechnen können, daß in diesen Monaten das Steuer gestellt wird für eine lange Zeit.“⁹⁸

Die Diskussion im Rat konzentrierte sich auf das theologische Problem des Gnadenzuspruchs. Der Haupteinwand lautete: Wie könnten diejenigen, die ihre Schuld bekannt hatten, nun sich selbst die Absolution erteilen?⁹⁹ Damit war dieser, allerdings für Asmussen zentrale Punkt erledigt¹⁰⁰. Doch gegen den geplanten demonstrativen Schritt in die Öffentlichkeit gab es im Rat keinen Widerspruch. Mehr noch: Als die Ratsmitglieder im Verlauf ihrer Sitzung am 26. November von Marcel Sturm erfuhren – wahrscheinlich telefonisch¹⁰¹, daß die französische Militärregierung die Durchführung der „Weihnachtsbitte“ verboten habe, beschloß man, ihr zu erwidern: „Wir würden es verstehen, wenn sie der Presse Anweisung gibt, vorläufig nichts über die Weihnachtsbitte zu bringen. Die Aktion selbst könne nicht mehr rückgängig gemacht werden.“¹⁰²

⁹⁵ Ebd. 753 f.

⁹⁶ Vgl. dazu und zur weiteren Entwicklung auch: Greschat, Schuld (wie Anm. 81) 272–276.

⁹⁷ Ratsprotokolle (wie Anm. 72) 771–778.

⁹⁸ Ebd. 778.

⁹⁹ Vgl. zum einzelnen: Greschat, Schuld (wie Anm. 91) 273 f.; 292–295.

¹⁰⁰ Er selbst hielt daran allerdings zeitlebens fest. Jetzt informierte er die Öffentlichkeit über die deutschen Probleme, z.B. in seinem Schreiben vom 18.12.1946 an den Weltrat der Kirchen – „Auszüge aus dem Material über die deutsche Not“ (Evangelisches Zentralarchiv – EZA – Berlin, 2, 209) oder in der im Februar 1947 erschienenen Broschüre „Zur Lage 1947“ (Stuttgart 1947).

¹⁰¹ Laffon beauftragte Sturm erst am 26.11., den evangelischen Kirchenführern das Verbot der Aktion zugunsten der deutschen Kriegsgefangenen mitzuteilen: AOFAA, Colmar, Affaires Politiques, c. 3303, p. 92.

¹⁰² Ratsprotokolle (wie Anm. 72) Bd. I, 731 f.

Das war ein massiver Affront, den die Franzosen kaum hinnehmen konnten. Über ihre Reaktionen wird sogleich zu berichten sein. Höchst instruktiv erscheint jedoch das Verhalten des Rates. Es spiegelte sicherlich das Selbstbewußtsein der Kirche – und nun insbesondere der evangelischen Kirchenführer –, die nicht gewillt waren, sich von einer Besatzungsmacht verbieten zu lassen, was nach ihrer Überzeugung die Aufgabe der Kirche war. Aber mit dieser Gewißheit verband sich ein nicht unproblematisches Gefühl der Überlegenheit. Auf die geistigen Kräfte, mehr noch, auf die theologische Wahrheit komme es im Entscheidenden an: das war die feste Überzeugung vieler Ratsmitglieder und in besonderem Maße von Hans Asmussen. Aufgrund dieser Gewißheit hatten sie in den zurückliegenden Jahren gedacht, gelebt, widersprochen und gelitten. Diese Wahrheit sollte und mußte die Kirche jetzt ebenfalls kompromißlos im Innern und nach außen, also in der Öffentlichkeit, bezeugen. Erst wenn man sich diese Zusammenhänge bewußt macht, wird verständlich, warum Asmussen und der Rat der EKD über den Einspruch der französischen Militärregierung meinten hinweggehen zu können.

Denn nach allem, was über deren Selbstverständnis und Politik zu berichten war, liegt klar auf der Hand, daß die Franzosen die Aktion der EKD zugunsten der deutschen Kriegsgefangenen nicht hinnehmen konnten. Zum einen gehörte zu diesem Plan unverkennbar eine politische Zielsetzung. Und diese trug zum andern, schlimmer noch, gesamtdeutschen Charakter. Obwohl Sturm bereits am 8. November pflichtschuldig den Präфекten Holveck vom Vorhaben der EKD informiert und ihm auch den Text des Aufrufes übermittelt hatte¹⁰³, liefen die Aktionen der französischen Militärregierung, entsprechend den geschilderten bürokratischen Schwierigkeiten, zunächst sehr langsam an. Doch am 19. November ließ General Lafon wissen, daß er die Aktion nicht gestatte, „weil sie eine Störung unserer Politik in dieser Angelegenheit darstellt“¹⁰⁴. Der Versuch, dieses Verbot durch den Alliierten Kontrollrat auf alle vier Besatzungszonen auszudehnen, scheiterte allerdings. Die Vertreter der anderen Siegermächte wollten sich noch nicht festlegen, weil sie nicht hinreichend informiert seien¹⁰⁵. Später schlossen sich die Russen – wie berichtet – dem französischen Vorgehen an. Im Unterschied zu den angelsächsischen Staaten behielten auch sie noch jahrelang deutsche Kriegsgefangene zurück.

Die Gouverneure der Länder der französischen Besatzungszone sowie Sturm erfuhr offiziell am 25. November von dem Verbot. Wenige Tage später wies Koenig sie sowie den Sicherheitsdienst (Sûreté) an, die Aktion zu unterbinden. Wegen der Kürze der Zeit bis zum 1. Dezember – dem 1. Advent – beauftragten die Franzosen bisweilen auch Bürgermeister und Landräte mit der Übermittlung dieses Befehls¹⁰⁶. Gottesdienste wurden über-

¹⁰³ Vgl. hierzu und zum folgenden das in Anm. 101 genannte Material.

¹⁰⁴ Insofern ist die Aussage in den Ratsprotokollen (wie Anm. 72) Bd. 1, 732, Anm. 44, zu korrigieren.

¹⁰⁵ Schreiben Koenigs vom 22.11. sowie Bulletin d'Activité du Groupe Français du Conseil de Contrôle. Synthèse mensuelle, November 1946, 15.

¹⁰⁶ So z.B. in Rheinland-Pfalz, Landeskirchliches Zentralarchiv (LKZA) Speyer, 150. 47. 151, Anweisung vom 29.11.1946.

wacht¹⁰⁷, die Unterlagen für die geplante Petition beschlagnahmt oder verbrannt¹⁰⁸.

Doch es gab auch Regionen, in denen die Franzosen sich nicht um die Durchsetzung ihres Verbotes kümmerten: In Rheinhessen lagen die Listen aus, in den Dekanaten Alzey, Mainz, Oppenheim, Wöllstein und Worms wurden zusammen 50.207 Unterschriften gezählt – was einer Beteiligung von ziemlich genau 40 Prozent der konfirmierten evangelischen Bevölkerung in diesem Gebiet entsprach¹⁰⁹. Es fehlte auch nicht an Protesten gegen das Verbot der Franzosen. Die Gemeinde Haardt z.B. reichte bei ihrer Kirchenleitung in Speyer eine offizielle Beschwerde dagegen ein und der pfälzische Kirchenpräsident Stempel teilte Sturm mit, daß die Kirchenleitung sich sachlich voll und ganz mit der „Weihnachtsbitte“ des Rates der EKD identifiziere – auch wenn man auf die ursprünglich geplante öffentliche Aktion nun verzichte¹¹⁰. Mindestens ebenso wirksam war wohl der Beschluß einzelner Gemeinden – wie etwa in Eppenrod in Hessen – anstelle der verbotenen namentlichen Eintragung in die ausgelegten Listen „die sonntägliche namentliche Fürbitte für die kriegsgefangenen Glieder unseres Kirchspiels“ wie auch für die Vermißten einzuführen¹¹¹.

Selbstverständlich verboten die Franzosen wenig später auch den Katholiken die Durchführung der geplanten Aktion¹¹². Die Bischöfe reagierten nicht einheitlich – und ebensowenig die französischen Behörden¹¹³. Am schärfsten gingen sie gegen Bischof Wendel von Speyer vor, in dessen Diözese sich 132.451 Gläubige in die Listen eintrugen: Man verweigerte dem Bischof und seinen Priestern die beantragten Pässe sowie Baumaterial und beschlagnahmte das bereits gelieferte Papier für die kirchliche Presse. Als Bischof Wendel die Gemeinden darüber informierte, wurden die Strafmaßnahmen bis zum 15. Februar verlängert. Einmal mehr verwies die Militärregierung also die Kirchen in ihre Schranken. Daß man in diesem Fall zwar klar, aber insgesamt doch einigermaßen milde reagierte, lag sicherlich auch daran, daß die katholische Aktion keinen gesamtdeutschen Charakter trug.

Die EKD mußte jetzt nachgeben. Am 3. Dezember regte Asmussen an, daß die Gemeinden in der französischen Besatzungszone „an Stelle der Unterschriftensammlung Bittgänge der Pfarrer zu den örtlichen Besatzungsbehörden“ organisierten¹¹⁴. In seinem Rundschreiben vom 9. Dezember unterstrich Asmussen zunächst noch einmal, daß der Rat der EKD die Unterschriftensammlung nicht rückgängig machen könne¹¹⁵. Er sei jedoch bereit, auf die Einzeichnung in Listen zu verzichten. Statt dessen sollten zwischen Weihnachten und Neujahr Dekane, Pfarrer und Gemeindeglieder „in

¹⁰⁷ Ein entsprechender Bericht über die evangelischen Gottesdienste in Baden-Baden am 1.12.1946 findet sich z.B. in den Akten der Militärregierung, vgl. Anm. 101.

¹⁰⁸ Weitere Einzelheiten bei Baginski, *Politique Religieuse* (wie Anm. 41) 216 f.

¹⁰⁹ Zentralarchiv der EKHN, Darmstadt, 193/44.

¹¹⁰ Schreiben vom 1.12. sowie vom 19. und 20.12.1946: LKZA Speyer, 160. 47. 151.

¹¹¹ Zentralarchiv der EKHN, Darmstadt, KB 13 a/63.

¹¹² Am 3.12.1946, vgl. Anm. 101.

¹¹³ Vgl. dazu Baginski, *Politique Religieuse* (wie Anm. 41) 217–220.

¹¹⁴ LKA Stuttgart, 380 e III, Altregistratur.

¹¹⁵ Ebd.

aller Form“ im Namen ihrer Gemeinden bei den Besatzungsbehörden vorstellig werden und „um die baldige Entlassung unserer Kriegsgefangenen nachkommen“. Ferner regte Asmussen an, bei dieser Gelegenheit den Text der „Weihnachtsbitte der Christen in Deutschland an die Völker der Welt“ zu überreichen.

Dieses prinzipielle Beharren auf dem einmal eingeschlagenen Weg war wenig geeignet, Öl auf die inzwischen hochgehenden Wogen zu gießen. Asmussen habe alles verdorben, schrieb Marc Boegner am 20. Dezember an Visser't Hooft in Genf¹¹⁶. Gleichzeitig unterstrich er, daß die *Fédération Protestante de France* auch in diesem Punkte voll und ganz mit den Entscheidungen der französischen Militärregierung übereinstimme. Boegner antwortete damit auf das Schreiben des Generalsekretärs des Weltrates der Kirchen. Visser't Hooft hatte sich am 10. Dezember besorgt über den sich zuspitzenden Konflikt zwischen den deutschen evangelischen Kirchenführern und der französischen Militärregierung geäußert¹¹⁷.

Wenn Visser't Hooft zuletzt die Hoffnung aussprach, daß Sturm ein Treffen zwischen General Koenig und den deutschen Kirchenführern zustande bringen möchte – „pour réparer les choses“ –, war dieser Weg von dem *aumônier général* bereits beschritten. In einer äußerst geschickten Stellungnahme für den Oberkommandierenden, den Leiter seines Zivilkabinetts sowie den Direktor der Abteilung „Inneres und Kulte“ entwarf Sturm ein Konzept für die Beilegung des Konflikts¹¹⁸. Untere Organe der französischen Besatzungsmacht hätten, behauptete er, nicht hinreichend zwischen dem Kern des Problems und den Modalitäten unterschieden. Manchmal sei von ihnen sogar jedes Eintreten für die Kriegsgefangenen im Gottesdienst als unerlaubte Einmischung in die Politik angesehen worden – „d'ou quelqu' émoi parmi la population dans certaines régions“. Sturm verteidigte also, ohne darauf direkt einzugehen, das Recht der deutschen Kirchen, sich für ihre Glieder einzusetzen. Mit dem faktisch dagegen erfolgten Widerspruch belastete er untergeordnete Stellen. Damit baute er Koenig und den Spitzen der französischen Militärregierung eine goldene Brücke: Selbstverständlich hätten sie sich nicht gegen die Fürbitte in der Kirche für die Gefangenen gewandt, sondern gegen die damit verknüpfte öffentliche Aktion. Schließlich vergaß Sturm nicht hinzuzufügen, daß diese immerhin in den drei anderen Besatzungszonen nicht verboten worden sei. Bischof Wurm – „Président du Conseil de l'Eglise Evangélique en Allemagne“ – habe, fuhr Sturm fort, ihm gegenüber ausdrücklich sein Bedauern über das Mißverständnis hinsichtlich jener „Weihnachtsbitte“ ausgesprochen. Nicht ohne Übertreibung behauptete Sturm, die Kirchenführer hätten der Bevölkerung – „toujours fort émus par la discussion autour de la Déclaration de culpabilité de Stuttgart“ – jetzt vor Augen führen wollen, daß ihre Kirche ihre Mitglieder auch zu verteidigen wisse. Im übrigen werde Wurm sich mit großer Wahrscheinlichkeit bei

¹¹⁶ Weltrat der Kirchen (World Council of Churches, WCC), Genf, General Correspondance, Bd. 13 a: Briefwechsel Boegner-Visser't Hooft.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Note au sujet de l'interdiction de la pétition en faveur de la libération des P.G.: AOFAA, Colmar, A.P., c. 3303, p. 92.

Koenig in aller Form entschuldigen und ihm mitteilen, daß die Aktion abgebrochen werde. Geplant seien lediglich Besuche kirchlicher Vertreter bei den französischen Behörden, um ihnen die Bitte zu übermitteln, die Kriegsgefangenen so bald als möglich freizulassen.

Die hier angesprochene Entschuldigung hatte Sturm sorgfältig mit dem Ratsvorsitzenden vereinbart¹¹⁹. Im Unterschied zu Asmussen war Bischof Wurm offensichtlich zu einem Kompromiß bereit, der es beiden Seiten ermöglichte, ihr Gesicht zu wahren. Es gab dann zwar noch einige Irritationen, als der angekündigte Brief Weihnachten noch immer nicht vorlag¹²⁰. Doch unter dem Datum des 17. Dezember versicherte der Bischof dem General schließlich sein Bedauern darüber, daß dieser von der Fürbitteaktion der EKD für die deutschen Kriegsgefangenen „unangenehm berührt“ worden sei. Dafür bitte er um Entschuldigung. „Im Interesse des Friedens“ habe die evangelische Kirche dem deutschen Volk die Möglichkeit geben wollen, „seinen heißen Wünschen in würdiger und jeden Tumult ausschließenden Weise Ausdruck zu geben“. Da die Amerikaner ihre Kriegsgefangenen bereits entlassen hätten und von den Briten die umgehende Entlassung in Aussicht gestellt sei, „glaubten wir annehmen zu dürfen, daß auch die anderen Mächte nicht zurückbleiben werden und unser Vorhaben nicht als eine gegen sie gerichtete Demonstration ansehen werden“. Das Problem war damit vom Tisch. Möglich wurde das vor allem aufgrund des politischen Spielraums, den Marcel Sturm besaß, aber mindestens ebenso sehr aufgrund seines Willens zur Verständigung zwischen den beiden Völkern. Hat die französische Kirchenpolitik – direkt oder indirekt – auch dazu beigetragen?

4. Annäherungen und Verständigung

Die offizielle französische Besatzungspolitik förderte kaum den Prozeß der Annäherung und Verständigung zwischen beiden Völkern, jedenfalls wenn man darunter eine von beiden Seiten getragene und bejahte Einstellung versteht. Der Wunsch und Wille des Siegers, die Besiegten zu belehren und zu beglücken, behinderte vieles. Das gilt auch für manche offiziöse Aktionen – sobald für die Deutschen die französischen politischen Zielsetzungen allzu deutlich und selbstverständlich zutage traten. Trotzdem ist damit noch keine erschöpfende Antwort gegeben. Denn sowohl am Rande der Besatzungspolitik als auch innerhalb ihres Apparates entwickelten sich andere, alternative Einstellungen. Sicherlich spielte dabei auch das mehrfach erwähnte bürokratische Dickicht der militärischen Verwaltung eine Rolle – wodurch sich vieles ermöglichen ließ, was eigentlich nicht möglich sein sollte. Aber mindestens ebenso wichtig war, daß die Spitzen der französischen Besatzungsmacht – und allen voran General Koenig – vielfältigen persönlichen, auch privaten Initiativen für eine französisch-deutsche Annäherung einen nicht unbeträchtlichen Freiraum gewähren konnte. Davon war andeutungsweise schon einige Male die Rede.

¹¹⁹ So Boegner an Visser't Hooft am 20.12.1946, vgl. Anm. 116.

¹²⁰ Eingangsstempel vom 27.12. (wie Anm. 118).

Zunächst muß jedoch die Wirkung der von den Franzosen in ihrer Besatzungszone bewußt in den Vordergrund gerückten Kulturpolitik auf einen Teil der deutschen Bevölkerung bedacht werden¹²¹. Diese Menschen waren geistig ausgehungert, gierig nach allem, was ihnen so lange vorenthalten worden war – und das sie nun aufsaugten wie Schwämme das Wasser. Selbstverständlich setzten die Franzosen ihr Kulturangebot auch politisch ein. Aber von diesen Bildern und Texten ging doch eine eigene Ausstrahlung und Anziehungskraft aus. Ein französischer Film oder ein Chanson, ein Buch oder ein Theaterstück vermochten unmittelbar anzurühren und anzusprechen, weil darin genuin Menschliches zum Ausdruck kam. Dieses ließ sich natürlich nicht von seiner französischen Form und Fassung lösen. Aber es transzendierte sie und ermöglichte dadurch deutschen Menschen, eigenständig und unmittelbar, also ohne Gängelung, einen Zugang zu französischen Besonderheiten und Eigenarten zu finden. Meßbar sind solche Wirkungen kaum. Aber sie trugen fraglos zur Erweiterung und insofern zur langsamen Veränderung des Bewußtseins vor allem jüngerer Deutscher bei.

Unmittelbare Wirkungen – freilich erheblich anderer Art – im Sinne der Annäherung und Verständigung zwischen Franzosen und Deutschen gingen von mancherlei persönlichen Begegnungen aus, die von alltäglichen Begebenheiten bis zu zielgerichteten Bemühungen reichen konnten. Dazu gehörten etwa die bald nach 1945 in vielen deutschen Städten entstehenden deutsch-französischen Gesellschaften¹²² oder die kleinen Kreise der Union protestante chrétienne um den seit 1921 in Deutschland tätigen Pfarrer Jules Rambaud¹²³. Ähnliches gilt z.B. von den Aktivitäten der Sektion „Jugend und Sport“, mit ihren Untergruppen¹²⁴. Diese gehörten zu der von Schmittlein geleiteten Abteilung „Öffentliche Bildung“. Doch hier kam es, bei Spiel und sportlichen Veranstaltungen, relativ schnell zu guten Kontakten zwischen den jungen Menschen aus beiden Nationen. Die Franzosen sorgten für „ihre“ Mannschaften, Kameradschaften entstanden. Man organisierte Treffen, Begegnungen, schließlich Freizeiten. Diese Arbeit erwies sich als derart zugkräftig, daß daraus Ende 1947 eine eigene private Organisation hervorging, zur Förderung der Begegnung und des Meinungsaustausches zwischen deutschen und französischen Jugendlichen. Natürlich folgte die Tätigkeit der Behörde der Militärregierung zunächst der offiziellen politischen Linie. Aber sie konnte im Alltag offenkundig erheblich darüber hinausgehen, ohne mit Sanktionen rechnen zu müssen.

Es waren also keineswegs nur die Kirchen, die wichtige Beiträge zur Annäherung und Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen lieferten.

¹²¹ Vgl. dazu die in Anm. 36 genannte Literatur. Die hier angedeuteten Überlegungen zur Rezeptionsgeschichte müßten weiter verfolgt werden.

¹²² Einen lebendigen, allerdings bisweilen ungenauen Überblick hierzu und zum folgenden bietet: Joseph Rovau, *Les Relations Franco-Allemandes dans le domaine de la jeunesse et de la culture populaire (1945–1971)*, in: *Revue d'Allemagne* 4 (1972) 675–704.

¹²³ Einige Anmerkungen dazu bei: Baginski, *Politique Religieuse* (wie Anm. 41).

¹²⁴ Vgl. Anm. 122.

Aber die institutionelle Absicherung der Kirchen durch die Besatzungsmacht und die dadurch gegebene Möglichkeit, vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen, verlieh den kirchlichen Voten und Aktionen doch ein besonderes Gewicht. Dabei ist allerdings an die grundsätzlich andere Einstellung zu erinnern, die der katholische *aumônier général* im Vergleich zu seinem protestantischen Kollegen gegenüber dieser Thematik einnahm. Selbstverständlich war auch Picard de la Vacquérie an der Verständigung zwischen Franzosen und Deutschen interessiert. Aber da er seine Tätigkeit strikt auf die Wahrnehmung seiner geistlichen Aufgaben beschränkte, gingen von ihm keine unmittelbaren Initiativen im Blick auf eine Annäherung zwischen französischen und deutschen Katholiken aus.

Doch andere Persönlichkeiten kümmerten sich darum. Insgesamt gesehen war das Verhältnis des französischen Klerus zum deutschen zwar eher distanziert, doch erträglich. Aber es gab Ausnahmen. In Lahr etwa, wo nur eine einzige katholische Kirche stand, die deshalb von der Pfarrgemeinde und den Franzosen gemeinsam benutzt werden mußte, kam es zu fortgesetzten, dazu noch öffentlich ausgetragenen Streitereien zwischen dem deutschen und dem französischen Priester¹²⁵. Der Vertreter der Militärregierung sprach von einem Theater „de scènes renouvelées de Cloche Merle“: Der überaus starre, einundachtzigjährige Pfarrer und der als Deutschenhasser auftretende französische Militärgeistliche konnten und wollten sich nicht über die Zeiten für ihre Gottesdienste einigen. Sie gaben immer wieder den Schlüssel für das Tabernakel nicht heraus und beschimpften sich dann laut in der Kirche vor der Gemeinde. Bezeichnenderweise zögerten sowohl der Freiburger Erzbischof als auch der katholische *aumônier général* rasche Personalentscheidungen hinaus.

Aber glücklicherweise waren das Ausnahmen. Daß es jedoch nicht bei einem eher beziehungslosen Nebeneinander von französischen und deutschen Katholiken blieb, lag an Jean du Rivau¹²⁶. Der Jesuit und Militärseelsorger in Offenburg hatte dort mit der Unterstützung seiner Ordensoberen, aber bewußt ohne Anbindung an die Organisation der Militärregierung, mit einigen Mitarbeitern seit dem Sommer 1945 ein Informationszentrum aufgebaut¹²⁷, das sogleich eine enorme Aktivität entfaltete. Man nutzte die von

¹²⁵ SHAT, Vincennes, 1 K 284/K 96. Der 1934 erschienene Roman „Clochemerle“ von Gabriel Chevallier ist die ironische Darstellung des permanenten Kleinkrieges zwischen einem bigotten Pfarrer und einem atheistischen Bürgermeister, mitsamt ihrem jeweiligen Anhang, in einer französischen Kleinstadt.

¹²⁶ Vgl. hierzu und zum folgenden: René Wintzen, *L'influence des personnalités, d'institutions et d'initiatives privées sur la politique culturelle française en Allemagne après 1945*, in: Knipping – Le Rider (Hrg.), *Kulturpolitik* (wie Anm. 36) 335–348; Henri Ménudier, *La Revue française des questions allemandes: Documents, 1945–1949*: Ebd., 349–387; Baginski, *Politique Religieuse* (wie Anm. 41). Wichtiges Archivmaterial findet sich auch im SHAT, Vincennes, 1 K, 284/K 64.

¹²⁷ Die Institution hieß zunächst Centre d'Information et de Documentation Economiques et Sociales (CIDES), seit 1946 Centre d'Etudes Culturelles Economiques et Sociales (CECES), schließlich Bureau International de Liaison et de Documentation (BILD).

den Spitzen der Militärregierung gewährten Freiheiten. Natürlich blieben Spannungen nicht aus. In der Jugendarbeit z.B. kam es mit der Abteilung „Jugend und Sport“ in Baden-Baden von Anfang an zu Reibereien. Aber an der Verfolgung seiner Ziele wurde Rivau nie gehindert.

Nach seiner Überzeugung konnte kein Katholik gleichgültig bleiben angesichts der immensen materiellen und geistigen Nöte in der Welt ringsum¹²⁸. Es gelte deshalb, sich auf die geistigen Kräfte des Christentums zu besinnen, denn der Wiederaufbau könne nur in Zusammenarbeit mit der Kirche gelingen. Unter dieser Voraussetzung ist das Informationszentrum entstanden.

Das Ziel sei der Friede, der auf der Versöhnung der Völker basiere. Daraus ergebe sich für die französischen Katholiken als konkrete Folgerung: „il s'agit d'entrer en contact avec l'Allemagne, notre voisin d'hier, d'aujourd'hui et de demain“. Wenn die Kommunisten von ihren „Brüdern in Deutschland“ redeten und diese nachdrücklich von den nationalsozialistischen Unterdrückern unterschieden: warum konnten die französischen Katholiken, die doch derselben Kirche Christi wie die deutschen Katholiken angehörten, nicht ebenso reden und handeln? Darauf mit allem Nachdruck hinzuwirken, sei jedenfalls die große und drängende Aufgabe der Gegenwart – zumal die katholische Kirche in Deutschland dem Nationalsozialismus widerstanden habe und in diesen Kämpfen gereift sei.

Frankreich wolle und könne Deutschland helfen. Der erste Schritt auf diesem Wege bestehe in der gegenseitigen Information. Was wissen Franzosen, selbst die Gebildeten, über den deutschen Nachbarn? Letztlich gehe es auch nicht allein um die Annäherung der Katholiken beider Länder, sondern um die Zukunft Europas. Die entscheide sich, urteilte du Rivau, in Deutschland, und deshalb komme alles darauf an, daß hier die geistigen Kräfte des Christentums wirklich präsent wären, in Gestalt eines „lebendigen, anpassungsfähigen, dynamischen“ Katholizismus. Dieser Zielsetzung sollte das Informationszentrum in Offenburg dienen, indem es, über die Grenzen hinweg, nicht nur Nachrichten über den Katholizismus in Frankreich und Deutschland, in Europa und den USA weitergebe, sondern die geistig-geistlichen Kräfte stabilisiere und stärke und die genannten christlichen Zielsetzungen bündele. „Il s'agit donc moins d'une oeuvre de rapprochement entre catholiques allemands et catholiques français que d'une oeuvre catholique au sens large du mot. Notre seule ambition est de contribuer à établir en Europe et dans le monde ‚la Paix du Christ par le Règne du Christ‘.“

Gestalt gewann das alles in der seit dem September 1945 erscheinenden zweisprachigen Zeitschrift Documents/Dokumente, worin deutsche Texte in Übersetzungen für die Franzosen und umgekehrt französische Texte für die Deutschen vorgelegt wurden. Weil du Rivau das Projekt ohne Absprache mit der Militärregierung durchführte, reagierte diese mit einer bisweilen überaus kleinlichen Zensur. Am Erfolg der Zeitschrift änderte das freilich wenig. Denn hier wurde von Anfang an die Gleichberechtigung von Deut-

¹²⁸ Das folgende nach der Selbstdarstellung des Centre d'Offenbourg im SHAT, Vincennes, 1 K 284/K 64.

schen und Franzosen nicht nur proklamiert, sondern wirklich realisiert. Die Herausgeber der Zeitschrift mühten sich erfolgreich, einen echten Dialog zustande zu bringen. In der Anfangszeit dominierte eindeutig die katholische Ausrichtung. So hieß es z.B. in der ersten Nummer: die Kirche werde in Deutschland in den nächsten Monaten die entscheidende Rolle spielen. „Seule l'Eglise est capable d'instruire les masses, d'orienter les jeunes.“¹²⁹ Auf diesem Hintergrund wirkte die im gleichen Atemzug ausgesprochene Versicherung, man wolle keineswegs Partei ergreifen, sondern schlicht aufklären und die Voraussetzungen für ein echtes, offenes Gespräch schaffen, nicht unbedingt überzeugend. Nichtsdestoweniger hat die Zeitschrift exakt das geleistet. Ohne ihren geistigen Standort preiszugeben, öffnete sie sich, entsprechend der skizzierten weitgespannten Zielsetzung, einer Vielzahl historischer, kultureller, auch ökumenischer Fragen. Daneben druckte man die von der Besatzungsmacht inkriminierten Hirtenbriefe der deutschen Bischöfe ebenso wie kritische Stellungnahmen von Franzosen und Deutschen gegenüber der französischen Besatzungspolitik. Mit alledem leistete dieses Publikationsorgan einen enormen Beitrag für die Annäherung und Verständigung von Franzosen und Deutschen.

Dabei konnte es dann nicht ausbleiben, daß sich um das Zentrum in Offenburg eine beträchtliche Anzahl angesehener und sogar berühmter katholischer Persönlichkeiten aus beiden Ländern sammelte. Wichtige Stützpunkte für diese Arbeit entstanden auch in anderen deutschen Städten. Ähnliches gilt für die von du Rivau organisierten Begegnungen junger Menschen. Zu Recht urteilt Alfred Grosser, daß dadurch zwischen Franzosen und Deutschen eine insgesamt kaum zu überschätzende „dauerhafte menschliche Infrastruktur“ geschaffen wurde¹³⁰.

Ein wenig im Schatten dieses beeindruckenden Engagements stand die ebenfalls zum Offenburger Zentrum gehörende Arbeit des Verbindungsbüros der „Katholischen Aktion“¹³¹. Hierbei handelte es sich um eine von Papst Pius XI. geschaffene Organisation, welche die öffentliche Verantwortung der Laien fördern sollte. In Offenburg nahm Louis Lacaille diese Aufgabe wahr, ein Mitglied der 1925 in Belgien gegründeten „Christlichen Arbeiterjugend“, die traditionell links stand und sich mehrfach öffentlich für den Sozialismus erklärt hatte. Lacaille, der 1943 als Zwangsarbeiter nach Deutschland gekommen war, wurde 1945 sogleich wieder dorthin geschickt. In Konstanz erzielte er sofort einen großen Erfolg, weil er mit jungen deutschen Arbeitern zusammenlebte. Er knüpfte zahlreiche Kontakte und veranstaltete Zusammenkünfte, in denen bald eine Atmosphäre größter Herzlichkeit herrschte. „Un véritable enthousiasme s'impara de tous.“ Daraufhin schickten seine Vorgesetzten Lacaille ins Ruhrgebiet und später nach Baden, wo er ähnliche Gruppen bilden sollte. Gleichzeitig mühte sich der Franzose um Kontakte mit den Repräsentanten der deutschen katholischen Jugendorganisationen in diesen Gebieten. Er informierte sie über die Tätigkeit der „Christlichen Arbeiterjugend“ in Frankreich, offerierte Kon-

¹²⁹ Wintzen, *L'Influence* (wie Anm. 126) 341 f.

¹³⁰ Grosser, *Deutschlandbilanz* (wie Anm. 28) 84.

¹³¹ Vgl. Anm. 128.

takte, regte Treffen junger Menschen aus beiden Ländern an. Die Reaktionen seiner deutschen Gesprächspartner waren durchweg freundlich, aber recht unverbindlich oder sogar distanziert. So endeten auch die Gespräche mit Kardinal Frings in Köln und Erzbischof Gröber in Freiburg. Das war kein Zufall. Denn während die deutschen Katholiken ihre Jugendarbeit vor allem im Rahmen der Pfarrgemeinden aufbauten, äußerte Lacaille an diesem Modell – kaum zufällig aufgrund seiner Position und seiner Erfahrungen – laute Kritik. Er charakterisierte die von den Bischöfen geforderte Organisation der Katholischen Jugend als Inbegriff der Romantik und Weltflucht. Es sei gewiß erbaulich, in diesen Kreisen die mehrstimmigen Lieder zu hören und die Ansprachen eines Priesters oder Laien über die geistliche Nachfolge: „mais malheureusement je n'ai jamais entendu une discussion apostolique ou un sujet, où l'on examinait un problème de vie angoissant de la région et comment y répondre.“ Hier zeigt sich ein Sachverhalt, der in ähnlicher Weise auch für den Protestantismus kennzeichnend war: Man wollte durchaus vom anderen hören, miteinander sprechen – aber sich nicht von den Franzosen in die eigenen kirchlichen Gegebenheiten hineinreden lassen. – Nichtsdestoweniger ist der Beitrag beeindruckend, den französische Katholiken auf verschiedenen Ebenen für die Annäherung nicht nur von Katholiken, sondern von Menschen sehr unterschiedlicher Voraussetzungen und Überzeugungen in beiden Ländern geleistet haben.

Obwohl sich manche Ähnlichkeiten zwischen französischen Katholiken und Protestanten beobachten ließen, bleiben doch gewichtige Unterschiede. Der *aumônier général* Marcel Sturm war zwar – wie berichtet – keineswegs in die Organisation der Militärregierung eingebunden, aber doch recht eng mit ihren Spitzen liiert. Dementsprechend liefen die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Protestanten in hohem Maße über ihn. Er war der offizielle Ansprechpartner der evangelischen Kirchenführer; zur Basis, also den Gemeinden und ihrem Umfeld, hatte Sturm dagegen relativ wenige Kontakte. Das gilt, nicht zuletzt aufgrund der bescheidenen personellen Ausstattung der protestantischen Militärseelsorge, auch für die meisten anderen *aumôniers*¹³². Und schließlich waren Sturm und seine Freunde der Überzeugung, daß die deutschen evangelischen Kirchentümer durch den französischen Protestantismus sowohl verändert werden müßten, als auch könnten. Natürlich war Sturm zu klug, um dieses Ziel direkt und allein anzugehen. So suchte und fand er Bundesgenossen: bei seiner Kirche, bei Vertretern der Militärregierung und nicht zuletzt in den Kreisen der engagierten Richtung der Bekennenden Kirche in Deutschland.

Als roter Faden zieht sich durch Sturms Äußerungen der Vorwurf, daß der deutsche Nationalismus nach wie vor ungebrochen sei. Dieser herrsche auch in der Kirche, ja sogar in der Bekennenden Kirche, berichtete Sturm am 5. August 1945 Visser't Hooft und den entstehenden Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf¹³³. „On tourne le dos à Hitler, mais on suivrait un se-

¹³² Eine interessante Ausnahme bildete Georges Casalis, der im Berliner kirchlichen Leben eine wichtige Rolle spielte, insbesondere in dem von jungen, kritischen Theologen aus der Bekennenden Kirche getragenen „Unterwegs-Kreis“.

¹³³ Quelques Impressions d'un récent Voyage dans la Zone Française, in: Clemens

cond Bismarck aussi aveuglement que l'ancien Führer.“ In einer ausführlichen und detaillierten Analyse für die Militärregierung vom 22. Februar 1946 über die Situation in der evangelischen Kirche hieß es dazu: Die bleibende Gefahr bilde nicht der Nationalsozialismus, sondern der traditionelle deutsche Nationalismus¹³⁴. Zustimmung zitierte Sturm das Urteil eines ungenannten Beobachters: „Ils ne peuvent plus chanter ouvertement ‚Deutschland über alles‘, mais c'est resté la mélodie de leur coeur.“

In beiden Texten bezeichnete Sturm sodann die theologische Position des Luthertums als Quelle des Unheils. Luthers Zwei-Reiche-Lehre und die Auslegung von Römer 13 hätten jahrhundertlang die deutsche Seele deformiert und vergiftet, schrieb er nach Genf. Ebenso äußerte sich Sturm gegenüber der Militärregierung, wobei er hinzufügte: dieses Luthertum habe ein unruhiges Klima und eine ungesunde Atmosphäre begünstigt, woraus sich der Nationalsozialismus entwickeln konnte. Dieses Faktum dürfe niemand aus dem Blick verlieren, dem an der „*rééducation démocratique*“ der Deutschen gelegen sei.

Mit alledem vertrat Sturm voll und ganz die skizzierte allgemeine französische Überzeugung, die hier auch ihre theologische Begründung fand. Und in beidem stimmte Sturm mit Karl Barth überein, der dieses Geschichtsbild jetzt laut proklamierte¹³⁵. Bei einem von Sturm organisierten Treffen französischer Militärseelsorger mit Barth am 16. und 17. Juli 1945 in Erlenbruck im Schwarzwald – woran auch einige Deutsche teilnahmen – wiederholte der Basler Theologe seine Auffassung. Es kam dann zu einer Diskussion, wie man sich speziell den deutschen Pfarrern gegenüber verhalten solle. Ein aumônier vertrat die Überzeugung, man müsse ihnen offen und hilfsbereit begegnen und auf der Ebene der christlichen Brüderlichkeit „un courant de sympathie entre les Eglises Françaises et les Eglises Allemandes“ schaffen helfen. Sturm stimmte dem nicht zu. Er wies seine Leute an, sich bei ihrem Umgang mit den deutschen Kollegen zurückhaltend und ohne Sentimentalität zu bewegen, im Wissen darum, „que l'on représente aussi la nation française“¹³⁶.

Sturm drang gleichzeitig, hier ebenso wie auch sonst, darauf, daß alles getan werden müsse, um die Deutschen zu informieren. Ihre langjährige Isolation sowie die nationalsozialistische Propaganda hätten unverkennbar schlimme Spuren hinterlassen. Es sei vor allem die Aufgabe der Ökumene, das schiefe Weltbild vieler Deutscher durch objektive Nachrichten, Bücher und Berichte zu korrigieren. Der Militärregierung riet Sturm, alles zu tun, um „les éléments sains“ aus ihrer Isolierung herauszuholen, „féconder la discussion, favoriser par tous moyens l'information en matière religieuse, et

Vollnhals (Hrg.), Die evangelische Kirche nach dem Zusammenbruch, Göttingen 1988, 49–55.

¹³⁴ „Ainsi le vieux Nationalisme allemand (dont le National-socialisme n'a été qu'une expression temporaire) menace de s'étendre à de nouvelles couches des milieux religieux.“ AOAA, Colmar: Ambass. Bonn, Cart XR 118,2.

¹³⁵ Karl Barth, Zur Genesung des deutschen Wesens, Stuttgart 1945.

¹³⁶ Compte rendu, 27. 8. 1945: APG, Paris, Papiers divers, P. 4. Vgl. auch Barths Briefentwurf vom 21. 7. 1945 an Frey: Karl Barth-Archiv, Basel.

à cet effet, multiplier les contacts personnels avec l'élite, organiser des conférences“. Zu solcher Information gehörte freilich für Sturm stets, daß die Deutschen erfuhren, was sie in den vergangenen Jahren angerichtet hatten, wofür sie die Verantwortung trugen und deshalb nun auch haften müßten. Zumindest die Kirchenführer zeigten sich an diesem Punkte einsichtig, berichtete Sturm im August nach Genf¹³⁷.

Obwohl er auch andere Anzeichen eines Neuen sah, überrascht dann doch der Optimismus, mit dem Sturm in demselben Bericht von einem guten „Wiederanfang“ der evangelischen Kirchen in der französischen Besatzungszone sprach und schließlich sogar von der „Stunde der deutschen Kirchen“. Dabei ruhte Sturms Hoffnung vor allem auf den Kräften der unterschiedenen Richtung der Bekennenden Kirche, also den „Dahlemiten“. Dazu zählte er in Württemberg die Pfarrer der Theologischen Sozietät und insgesamt die „Barthianer“ – „l'élément le plus universaliste et le plus sûr, en somme le plus proche de nous“. Doch nüchtern unterstrich Sturm zugleich die Notwendigkeit, die deutschen evangelischen Kirchen kritisch zu begleiten und auch zu korrigieren. Mit Nachdruck trat er gegenüber Genf für äußere Interventionen ein, gerade seitens der Ökumene. Die französische Besatzungsmacht werde in einem solchen Fall jedenfalls keine Schwierigkeiten bereiten, schrieb Sturm.

Von der „Stunde der Kirche“ in Deutschland sprach Sturm zwei Monate später auch auf der Generalversammlung des französischen Protestantismus in Nîmes¹³⁸. Erneut ging es dem amônier général dabei nicht um einen ekklesialen Triumphalismus, sondern um einen Prozeß, in dem die evangelische Kirche immer deutlicher ihre Verantwortung für die Vergangenheit ebenso wie die Zukunft zu sehen und wahrzunehmen hätte, um dem deutschen Volk den Weg aus seiner moralischen, materiellen und spirituellen Not zu weisen – damit die unvergänglichen humanen Werte in Deutschland nie wieder untergingen. Visser't Hooft hatte am Abend zuvor über das Ereignis der Stuttgarter Schulderklärung berichtet¹³⁹. Sturm bezog sich darauf, wenn er von den Möglichkeiten der deutschen evangelischen Kirche sprach und der Unerläßlichkeit der Hilfe seitens des französischen Protestantismus. Dazu nötigten, urteilte er, „le sens de notre vocation chrétienne, de la réalité de l'Eglise, en même temps que de la conscience de nos responsabilités oecuménique“. Das aber hieß, den deutschen Protestanten zu zeigen, ce que peut être l'action, le rayonnement, le témoignage d'une Eglise libre spirituellement dans un Etat démocratique“.

Weil es hierum ging, also eben nicht um eine rein innerliche Einstellung, sondern – entsprechend dem genannten französischen Modell – um die Übernahme von Verantwortung in einer demokratischen Gesellschaft, konnte Sturm schließlich auch von dem großen beiderseitigen Vertrauen berichten, das zwischen der Militärregierung und der protestantischen Militärsorge herrsche. Mehrfach sprach Sturm von dem „oeuvre français“,

¹³⁷ Wie Anm. 132.

¹³⁸ Les Eglises protestantes pendant la guerre et l'occupation. Actes de l'assemblée générale du protestantisme français. Nîmes, 22.–26. 10. 1945, Paris 1946, hier 134–143.

¹³⁹ Greschat, Schuld (wie Anm. 31) besonders 91 ff.

das sie gemeinsam bewältigen müßten. Über dessen Inhalt hieß es sehr vorsichtig: die protestantischen Militärseelsorger hätten ihren Teil an der moralischen Verantwortung zu übernehmen „dans la grande oeuvre française que nous avons à accomplir là-bas [i.e.: en Allemagne], et à la nouvelle organisation des rapports entre les deux peuples, d'où nous espérons un jour voir sortir la paix“. Versöhnend zwischen den Fronten stand Sturm hier offenkundig nur in einem begrenzten Maße¹⁴⁰.

Die gleiche Überzeugung tritt in den Briefen zutage, in denen Sturm sich bemühte, befreundete und bekannte Pfarrer, vor allem aus dem Elsaß, zur Mitarbeit in der Militärseelsorge in Deutschland zu gewinnen¹⁴¹. Hierbei handele es sich um eine ebenso schöne wie wichtige und dringende Aufgabe, schrieb der aumônier général. Der Wiederaufbau in Deutschland könne nur durch die Zusammenarbeit der Besatzungsmacht mit der Kirche gelingen. Insofern gehe es um das Allgemeinwohl. Davon habe er, Sturm, jetzt auch die kirchlichen Führungskräfte in der Heimat überzeugen können. Denn es sei für die evangelischen Kirchen in Frankreich nicht unwesentlich, ob „notre politique française en Allemagne“, die den zukünftigen Frieden sichern wolle, unter den gegebenen günstigen Voraussetzungen Erfolg habe oder nicht.

In dem erwähnten Schreiben vom Februar 1946 an die Militärregierung¹⁴² listete Sturm sodann die Gesichtspunkte auf, die für die Förderung der deutschen evangelischen Kirchen durch die Besatzungsmacht sprachen. Zunächst einmal stellten diese Kirchen, trotz aller genannten Schwächen, doch eine Basis für den erforderlichen Neubau dar. Denn gerade weil in ihnen noch so vieles unabgeschlossen und im Fluß sei, gebe es für die Einwirkung der Franzosen gute Möglichkeiten. Sodann diskutiere man allein in diesen evangelischen Kreisen die Frage der deutschen Schuld und setze sich verantwortlich mit diesem Thema auseinander. Insofern existiere hier einer der aktivsten Faktoren für die Gesundung des deutschen politischen Lebens. Ferner bezeichneten viele Deutsche die französische Besatzungsmacht als die „humanste“ und „europäischste“. Und schließlich schätzten deutsche Kirchenführer die echte Freiheit, die ihrer Kirche in der französischen Besatzungszone gewährt würde, wo man sie nicht – wie bei den Angelsachsen – zur Propaganda gegen die Kommunisten einsetze. Das war, einmal mehr, die offizielle Linie der französischen Politik.

Sturm beschränkte sich jedoch nicht auf diese Analyse, sondern er nannte auch Mittel, um die französischen Zielsetzungen voranzutreiben. An erster Stelle stand für ihn der Druck, den man auf kirchliche Repräsentanten mit der Erinnerung an ihre Vergangenheit unter dem Nationalsozialismus ausüben könnte. Im engsten Zusammenhang damit forderte er die schrittweise Erneuerung des Personals in den Kirchenleitungen sowie an den Theologischen Fakultäten: diskret, aber wirksam müsse hier vorgegangen

¹⁴⁰ Die auch von Baginski vertretene Behauptung, Sturm sei „zuerst Christ, dann Franzose“ gewesen (Evgl. Kirchenbote 36 [1995] 20) ist eine Konstruktion, die dem historischen Befund widerspricht.

¹⁴¹ APG, Paris, Papiers divers, p. 4.

¹⁴² Wie Anm. 134.

werden. Zu fördern wären umgekehrt – wie bereits berichtet – nach Kräften die „gesunden Elemente“. Einen günstigen Eindruck würde die Freilassung einiger Kriegsgefangenen machen, von Pfarrern und angesehenen Persönlichkeiten. Endlich erinnerte Sturm daran, daß die Sieger nicht nur Rechte hätten und daß die Deutschen Ideale ebenso sehr benötigten wie Brot. Bei diesem schwierigen Problem können und müssen die Kirchen helfen, schloß Sturm.

Ein rundes Jahr später war viel von der Stimmung des großen Aufbruchs verfliegen. Es fehlte an Geld, die Einsparung dringend erforderlicher Stellen drohte. Wenn man ihm seine zwei Mitarbeiter nehme, würden die Grundlagen seiner Tätigkeit vernichtet, schrieb Sturm im Mai 1947 an Laffon¹⁴³. Auf diesem Hintergrund legte der aumônier général einen ausführlichen Bericht über seine bisherige Tätigkeit vor. Selbstverständlich habe er alles in enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden Abteilungen der Militärregierung getan, unterstrich Sturm. Aber daß die Initiativen von ihm ausgegangen waren, konnte für niemanden zweifelhaft sein.

Seine bisherige Tätigkeit habe sich auf drei Ebenen vollzogen, schrieb Sturm: 1. derjenige des Alliierten Kontrollrates, 2. der französischen Besatzungszone, 3. der Länder dieser Zone. Seine breite Informationsarbeit mit vielfältigen Stellungnahmen, Auskünften, Konsultationen und Kontakten bis hin zum Ökumenischen Rat der Kirchen ordnete Sturm dem ersten Bereich zu. Auf der zweiten, der Zonenebene also, übe er die Zensur über die religiöse Literatur aus, nehme die Verbindungen zu den Landeskirchen wahr, beaufsichtige und kontrolliere die kirchlichen Vereine, Sekten sowie die Entnazifizierung. Desweiteren sei er mit Hilfswerken und Flüchtlingsfragen befaßt, mit der Seelsorge in Gefängnissen und Internierungslagern, aber auch mit Fragen der politischen Sicherheit. Im Blick auf die wichtige „Propagande française“ wies Sturm schließlich auf seine Ansprachen und Vorträge sowie die Konferenzen mit Deutschen hin, die er über die religiöse Situation in Frankreich informiert habe. Dazu zählte er ebenso die von ihm inaugurierten französisch-deutschen Begegnungen, mit Jugendlichen oder auch kirchlichen Repräsentanten, und endlich seine internationalen Kontakte, bei denen es um die religiösen Verhältnisse in Deutschland ging.

Annäherung und Verständigung gegenüber den Deutschen standen bei alledem unverkennbar im Mittelpunkt. Doch die Beaufsichtigung und vor allem die „diskreten, aber wirksamen“ Eingriffe fehlten darum keineswegs. Auch über diese Seite seiner Tätigkeit informierte Sturm in seinem Rechenschaftsbericht unumwunden. Er habe die Gründung der Theologischen Fakultät in Mainz veranlaßt, in Tübingen die Entnazifizierung der Theologieprofessoren durchgeführt, in der Landeskirche der Pfalz die Absetzung des evangelischen Bischofs und in der badischen Kirche die Einsetzung eines Bischofs durchgesetzt, schließlich im Saargebiet zur Lösung komplexer Probleme beigetragen.

Diese Aufzählung belegt einmal mehr, mit welchem Nachdruck Sturm nicht nur nach den verschiedensten Seiten hin die Erneuerung der Führungskräfte in den evangelischen Landeskirchen forderte, sondern auch,

¹⁴³ Schreiben vom 7. 5. 1947, AOFAA, Colmar, c. 3303, p. 93, d. 2.

soweit sein Einfluß reichte, in diesem Sinn aktiv wurde. Nach Genf hatte er in dem erwähnten Bericht geschrieben, die Spitzen der französischen Militärregierung wären der Meinung, daß Erzbischof Gröber und Landesbischof Kühlewein trotz mancher anderslautenden Äußerungen insgesamt „eine deutsche Politik und keineswegs eine religiöse Politik“ verfolgten¹⁴⁴. Doch die Franzosen sahen keinen Anlaß, Kühleweins Absetzung aufgrund seines Verhaltens in der Zeit des Nationalsozialismus zu fordern. Darauf drängte zwar u. a. Pfarrer Karl Dürr, der Vorsitzende des badischen Landesbruderrates: Aber es ist keineswegs ausgemacht, daß er zusammen mit seinen theologischen Freunden sich durchgesetzt hätte. Doch nun schalteten sich Bischof Wurm und Asmussen ein. Mit Anspielungen auf die Franzosen und vor allem die Ökumene, die nach der soeben abgegebenen Stuttgarter Schulderklärung Zeichen des kirchlichen Neuanfangs erwarteten, drängten sie Bischof Kühlewein zum Rücktritt. Pfarrer Julius Bender wurde auf der vom 27. bis zum 29. November 1945 in Bretten tagenden vorläufigen Synode, bei der auch Sturm anwesend war, zu seinem Nachfolger als Landesbischof gewählt.

Bei dem neuen Kirchenführer handelte es sich keineswegs um einen Mann nach dem Herzen des *aumônier général*¹⁴⁵. Bender hatte zum einen in der Luftwaffe zum Umfeld Görings gehört; und zum andern war er theologisch ein dezidierter Lutheraner. Sturms Hoffnung, daß ein Vertreter der Bekennenden Kirche die Führung in Baden übernahm, erfüllte sich also nicht. Hier fehlten – wie auch andernorts – die Persönlichkeiten. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß Sturm – wie er selbst bezeugte – maßgeblichen Anteil an diesem personellen Wechsel hatte¹⁴⁶. Weil es ihm nicht einfach um eine der französischen Politik zugeneigte Gestalt ging, sondern um die religiös-kirchliche Erneuerung dieser badischen Landeskirche – die dann allerdings nach Sturms Überzeugung auch den französischen Interessen dienen würde –, gab er eindeutige Impulse, trat aber im Blick auf deren Durchsetzung klug hinter den genannten Persönlichkeiten zurück.

Komplizierter lagen die Dinge in der Pfälzischen Landeskirche¹⁴⁷. Den von den Deutschen Christen ins Amt gebrachten Landesbischof Ludwig Diehl, Parteigenosse seit 1925, hatten die Amerikaner in der Gemeinde Mackenbach, wohin er geflohen war, belassen, allerdings mit der Auflage, den Ort nicht zu verlassen und keine bischöflichen Funktionen mehr auszuüben. Obwohl Diehl zunächst nicht zurücktreten wollte, amtierte in Speyer eine Vorläufige Kirchenleitung mit seinen ehemaligen Mitarbeitern, den theologischen Oberkirchenräten Hans Otto Stichter und Eugen Roland. Nach einigem Hin und Her wurde diese Kirchenleitung durch den Vorsit-

¹⁴⁴ Wie Anm. 133. Eine informative und materialreiche Zusammenfassung der im Folgenden geschilderten Ereignisse bietet auch Baginski, *Politique Religieuse* (wie Anm. 41) 115–117.

¹⁴⁵ Wie Anm. 133, dort 297 f.

¹⁴⁶ Baginski (wie Anm. 41) bestreitet das, weil es seiner These widerspricht, wonach sich die Franzosen nicht in die Interna der Kirchen eingemischt hätten.

¹⁴⁷ Auch hierzu bietet Baginski, *Politique Religieuse* (wie Anm. 41) 130–129, eine gute Zusammenfassung.

zenden der pfälzischen Pfarrerbruderschaft, Hans Stempel, ergänzt. Der neue Oberkirchenrat sprach Stichter auf der Sitzung am 9./10. Oktober 1945 ausdrücklich sein persönliches Vertrauen sowie das seiner Gruppe aus und regte an, daß Stichter den Bischofstitel führen sollte. So geschah es¹⁴⁸.

Zwar gab es einzelne Pfarrer, welche eher die Linie der „Dahlemiten“ vertraten, also der bruderrätlichen, entschiedenen Richtung der Bekennenden Kirche. Doch sie bildeten mitsamt ihrer Forderung eines radikalen Neuanfangs in der pfälzischen Landeskirche eine verschwindende Minderheit. Daß es bei der im Oktober gebildeten kirchlichen Koalitionsregierung trotzdem nicht blieb, lag allein an der Intervention der Franzosen.

Sie warfen der pfälzischen Kirchenleitung mangelndes Interesse an der Durchführung der Entnazifizierung vor sowie an der Einberufung einer Synode, welche die neue Kirchenregierung zu wählen hätte. Im April 1946 vereinbarten dann Sturm, General Jean Bouley als Gouverneur von Hessen-Pfalz, sowie ein Vertreter der Abteilung „Cultes“ ihr gemeinsames Vorgehen: Auf die Leitung der pfälzischen Kirche sollte Druck ausgeübt werden, das Aufbegehren der innerkirchlichen Kritik wäre zu fördern, auch die EKD müsse Stellung beziehen. Außerdem erhielten Stichter und Roland keine Pässe für die Tagung des Rates der EKD am 1. und 2. Mai in Treysa. Verhandeln wollten die Franzosen fortan nur noch mit Stempel – und auch das nur vorübergehend, nämlich bis eine neue Kirchenleitung installiert wäre¹⁴⁹.

Ohne auf Einzelheiten der weiteren Entwicklung einzugehen, bleibt festzuhalten, daß es seit Mitte Mai nicht mehr um die früher genannten Vorwürfe an die Adresse der pfälzischen Kirchenleitung ging, sie verschleppe die Entnazifizierung, sondern daß die Franzosen, Sturm voran, den Rücktritt Stichters und Rolands nicht nur wünschten, sondern kategorisch forderten. Auf einer Sitzung am 17. Mai, an der Bouley und Sturm auf der einen, Wurm und Asmussen auf der anderen Seite teilnahmen, anerkannten die Vertreter der EKD zuletzt „ohne weiteres die Notwendigkeit des Rücktritts von Bischof Stichter“¹⁵⁰. An Stempel schrieb Asmussen wenige Tage später: „Um verlorene Positionen zu kämpfen, ist zwecklos, und ich halte die fragliche Position für eine verlorene Position. Das ist auch die Ansicht von Landesbischof Wurm, mit dem ich im Auto noch lange über die Angelegenheit gesprochen habe.“¹⁵¹ Komme man Sturm jedoch an diesem Punkte entgegen, werde man „in allen anderen Fragen“ bei ihm viel Verständnis finden.

Nachdem auch der Rat der EKD, der am 21. und 22. Juni – ausgerechnet in Speyer – getagt hatte, mit keinem Wort auf die Probleme der pfälzischen Kirche eingegangen war, sah sich deren Leitung bei ihrer Sitzung am 2. und 3. Juli völlig isoliert¹⁵². Die Klage, aufgrund unkirchlicher taktischer Erwägungen preisgegeben worden zu sein, steigerte sich bei dem liberalen Mit-

¹⁴⁸ ZA Pfalz, KR, 9./10.10.1945.

¹⁴⁹ AFOAA, Colmar, Affaires Politiques, Int. Cultes, c. 3303, p. 94,5.

¹⁵⁰ Wie Anm. 149, Schreiben vom 18.5.1946.

¹⁵¹ Schreiben vom 21.5.1946: EZA, Berlin, 2/137.

¹⁵² ZA Pfalz, KR 2./3.7.1946.

glied der Kirchenregierung, Pfarrer Bergmann, zu dem Vorwurf, jetzt geschehe dasselbe wie 1933. „Wenn eine Kirchenleitung von Frankreichs Gnaden zu stande käme, so sei diese von vornherein mit einem Fluch beladen.“ Zu Personalentscheidungen kam es in dieser Atmosphäre verständlicherweise nicht. Daraufhin drängte Sturm am 4. Juli Laffon zu verschärftem Druck. Dieser ging sofort darauf ein und setzte der pfälzischen Kirchenleitung eine letzte Frist bis zum Ende des Monats¹⁵³. Am 8. August eröffneten drei französischen Offiziere in Neustadt einer kirchlichen Delegation aus Speyer, zu der auch Stempel gehörte, sie betrachteten das Verhalten der pfälzischen Kirchenleitung als vielfältigen „Widerstand gegen Frankreich“¹⁵⁴. Sollten Stichter und Roland nicht in den nächsten Tagen gehen, würden Maßnahmen gegen ihre Personen, aber auch gegen kirchliche Vereine und Veranstaltungen durchgeführt. Eine Stellungnahme zu diesen Ausführungen wurde den Deutschen nicht erlaubt.

Der hinhaltende Widerstand der pfälzischen Kirchenleitung gegen die Forderungen der französischen Militärregierung war damit gebrochen. In zwei Schreiben vom 16. August nahm die Kirchenregierung Stellung¹⁵⁵. In dem ersten, ausführlichen, rechtfertigte sie ihr Verhalten in den zurückliegenden Monaten. Im zweiten, sehr knappen, teilte sie den Rücktritt von Landesbischof Stichter und Oberkirchenrat Roland mit. Die am 29. und 30. August tagende Synode wählte Stempel, der den Titel Kirchenpräsident annahm. Am 26. Oktober bat er die Fédération Protestante de France, einige Pfarrer zur Eröffnung der Synode der Pfälzischen Landeskirche am 20. November zu entsenden¹⁵⁶. Sturm unterstützte diesen Wunsch.

Keine andere Besatzungsmacht hat so massiv in die Belange der evangelischen Kirche eingegriffen, wie die französische. Dabei hing das Interesse der Militärregierung sicherlich mit den besonderen Zielsetzungen zusammen, die man in Paris und Baden-Baden mit dem am 30. August 1946 gegründeten Land Rheinland-Pfalz verfolgte. Davon war die Rede. Kaum zufällig intensivierten die Franzosen im Vorfeld jenes Datums ihre Bemühungen um die Organisation einer von der Vergangenheit möglichst losgelösten und nach Frankreich hin orientierten evangelischen Kirche in der Pfalz.

Sturm stand, wie erläutert, diesen politischen Zielen keineswegs ablehnend gegenüber. Aber er hatte darüber hinaus eigene, kirchliche Pläne. Ihm ging es um die Stützung und Förderung der engagierten Kräfte aus der Bekennenden Kirche, um mit ihnen die Erneuerung der einzelnen Landeskirchen durchzusetzen – und vielleicht sogar der gesamten EKD. Gegenüber solchen evangelischen Christen gab es für Sturm keine Probleme im Blick auf Verständigung und sogar Versöhnung zwischen Franzosen und Deutschen. Aber gerade deswegen stemmte er sich gegen die Kräfte der Beharrung in der Kirche, wurde er in Baden und vollends in der Pfalz zur eindeutig treibenden Kraft für die Einsetzung neuer Kirchenleitungen. Doch die

¹⁵³ Wie Anm. 149.

¹⁵⁴ ZA Pfalz, KR 8. 8. 1946.

¹⁵⁵ Ebd., 16. 8. 1946.

¹⁵⁶ EZA, Berlin, 2/1, 139. Dort auch Sturms Unterstützung dieser Bitte, Schreiben vom 5.11.1946.

Resultate seiner Anstrengungen konnten Sturm kaum befriedigen. Ebenso wenig wie Bender war Stempel ein Mann der engagierten Richtung der Bekennenden Kirche. Nicht zu unrecht bezeichnete der Gouverneur Brozen Faverau ihn als einen zwar politisch „annehmbaren“ (admissible), aber im übrigen weichen und sogar ängstlichen Mann, dem fraglos die erforderliche Energie fehle¹⁵⁷. Sturm hat das vermutlich kaum anders gesehen, obwohl sich dann zwischen beiden ein ausgesprochen freundliches Verhältnis entwickelte. Die personelle Schwäche der Bekennenden Kirche trat eben überall klar zutage.

Infolgedessen weitete sich zunehmend der Kreis innerhalb der evangelischen Kirche, den Sturm in seine Bemühungen um Annäherung, Verständigung und sogar Versöhnung mit einbezog. Sein Verhalten im geschilderten Streit um die „Weihnachtsbitte“ belegt das eindeutig. Dasselbe gilt auf vielen anderen Ebenen. Auch der Weg zum französisch-deutschen Brudertrat, der 1950 schließlich zustande kam, illustriert diese Veränderung¹⁵⁸. Zunächst sollten nur die bruderrätlichen Kreise um Martin Niemöller hinzugezogen werden. Aber Stempel konnte natürlich nicht umgangen werden – und so kamen weiter andere hinzu.

Als gewichtig erwies sich zunehmend jedoch ein anderer Umstand, nämlich die ökonomische Entwicklung. Die 30 Personen, die Sturm in Nîmes erbeten hatte, erhielt er nie. Die Stellen seiner zwei Mitarbeiter in Baden-Baden bei der Militärregierung drohten im Mai 1947 gestrichen zu werden. Unter solchen Voraussetzungen erwies sich das Bemühen, ausschließlich in der Zusammenarbeit mit den Kräften der bruderrätlichen Richtung der Bekennenden Kirche eine Annäherung und Verständigung zwischen den französischen und deutschen evangelischen Christen herbeizuführen, als Illusion. Sturms Wunsch, Vertreter der Württembergischen Theologischen Sozietät in die Kirchenleitung in Stuttgart zu integrieren, wurde von beiden Seiten zurückgewiesen¹⁵⁹. Sturms Hoffnung, das Hilfswerk der EKD mit dem Geist des französischen protestantischen Hilfswerks, der CIMADE (Comité Inter-Mouvements Auprès Des Evacués) zu durchdringen¹⁶⁰, mußte allein schon aufgrund der Größenordnung beider Einrichtungen scheitern. Enttäuscht konstatierte Sturm später nicht nur hier, sondern in sämtlichen Gruppierungen der evangelischen Kirche in Deutschland, eine enorme Konzentration auf die eigenen Belange einerseits, und andererseits das Fehlen einer wirklich ökumenischen Gesinnung – abgesehen von den strengen konfessionellen Lutheranern!¹⁶¹ Auch die großen Pläne bei der Einrichtung der Evangelisch-Theologischen Fakultät an der neu gegründeten Universi-

¹⁵⁷ Schreiben vom 13. 8. 1946 an Laffon, wie Anm. 148.

¹⁵⁸ Ich beabsichtige, auf dieses Thema in einem eigenen Artikel zurückzukommen.

¹⁵⁹ Vgl. dazu u.a. die Schreiben von Asmussen (14. 3. 1946) und Hartenstein (18. 3. 1946): LKA Stuttgart, Altregistratur, Gen. 115 f.

¹⁶⁰ Sturm an Visser't Hooft, 18. 5. 1946: WCC, Genf, General Correspondance, Bd. 106. Zu den Anfängen der CIMADE vgl.: André Jaques, Madeleine Barot, Paris-Genf 1989, besonders 45 ff.

¹⁶¹ Gutachten vom Dezember 1947: WCC, Genf, General Correspondance, Bd 284 (443), Germany, 3.

tät Mainz – woran Sturm, wie erwähnt, maßgeblich beteiligt war – erfüllten sich nicht. Im Mai 1946 hatte der aumônier général berichtet, die Fakultät sei in enger Zusammenarbeit mit Martin Niemöller und Wilhelm Jannasch aufgebaut worden, zwei wirklich ausgewiesenen „Dahlemiten“. Die Zielsetzung lautete: „L'enseignement théologique nettement orienté dans le sens de la BK, et sur le plan oecuménique un instrument de rapprochement, essentiellement entre nos deux peuples.“¹⁶² Aber schon sehr bald zeigte sich, daß diese Basis zu schmal war.

Es macht die Größe Marcel Sturms aus, daß er diese Veränderungen nicht nur registrierte, sondern sich konstruktiv auf sie einließ. Insofern konnte er im Mai 1946 zu Recht unterstreichen, daß eine seiner wichtigsten Aufgaben als oberster protestantischer Militärseelsorger darin bestehe, vielfältige Verbindungen und Kontakte wahrzunehmen, um zwischen der französischen Besatzungsmacht und den deutschen evangelischen Kirchen „aplanir les difficultés ou les prévenir“¹⁶³. Dabei blieb Sturm selbstverständlich der Vertreter der französischen Besatzungsmacht. In einem vertraulichen Gutachten vom März 1948 informierte er deren Spitzen über die Möglichkeiten, den französischen Einfluß – „sur le plan culturel“ – im rheinischen Gebiet, in der rheinischen und pfälzischen Landeskirche, auszuweiten¹⁶⁴. Hier gebe es durchaus echte Erwartungen gegenüber Frankreich, nicht zuletzt im Blick auf eine europäische Gemeinschaft. Außerdem konstatierte Sturm wichtige Ausstrahlungen des französischen Protestantismus auf die evangelische Jugendarbeit, die Arbeit des Hilfswerks und sogar die Wahlordnungen in beiden Kirchen. Negativ hätte sich dagegen das Zusammengehen der Franzosen mit der CDU ausgewirkt, insbesondere bei der Zustimmung zur Konfessionsschule sowie bei der Saarpolitik. Nach wie vor ungebrochen sei in diesen evangelischen kirchlichen Kreisen freilich das Verlangen nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Gegen Kirchenrat Otto Wehr, den die Evangelische Kirche des Rheinlands zu ihrem Bevollmächtigten im Saargebiet ernannt hatte, ließen sich keine Vorwürfe aufgrund seiner Vergangenheit unter dem Nationalsozialismus erheben¹⁶⁵, stellte Sturm fast bedauernd fest. So konnte er bei seinen Gesprächen mit der rheinischen Kirchenleitung lediglich erreichen, daß man ihm versprach, Wehr zu größter Zurückhaltung im Blick auf politische Äußerungen zu drängen. Sturm wiederholte nun seinen Plan, den er in Umrissen auch mit den beiden Kirchenleitungen diskutiert hatte. Danach sollte eine „Protestantische Föderation der Saar“ (Fédération Protestante de la Sarre) gegründet werden, der neben der evangelischen Kirche in diesem Gebiet auch diejenigen des Rheinlands und der Pfalz angehören würden, ebenso die Freikirchen. Jede Kirche bliebe selbständig, doch besäßen sie in der Föderation ein Gremium, das sowohl im ökumenischen Kontext als

¹⁶² Wie Anm. 160. Zum Gesamtkomplex vgl.: Baginski, *Politique Religieuse* (wie Anm. 41) besonders 252–262.

¹⁶³ Vgl. Anm. 143.

¹⁶⁴ Schreiben vom 15. 3. 1948: AOFAA, Colmar, Pol. I, H 3 b.

¹⁶⁵ Hans-Walter Herrmann, Otto Wehr, in: *Saarländische Lebensbilder*, Bd. 4, Saarbrücken 1989, 223–249. Die Thematik verdient eine ausführliche Behandlung.

auch gegenüber den politischen Instanzen ringsum geschlossen aufzutreten in der Lage wäre. Die Fédération Protestante de France stimme diesem Konzept zu. Und für die Französische Politik wäre dadurch „un sérieux progrès“ erzielt. Selbstverständlich dürfe Wehr in der ins Auge gefaßten Föderation nicht mehr den beherrschenden Einfluß ausüben. Gelingen dieser Plan, fuhr Sturm fort, könne Frankreich große europäische Politik treiben. Die gegenwärtige Abriegelung des Saargebietes, welche die Ausbreitung des französischen Einflusses im Rheinland massiv behindere, könnte aufgehoben werden, und an die Stelle der Grenze trete „un véritable carrefour, favorable à l'influence française, le pont entre nos deux civilisations, la porte d'entrée de nos influences dans les pays rhénans“.

Erneut begegnet hier beides: Sturms Festhalten an den französischen politischen Zielsetzungen – und sein Mühen um Annäherung und Verständigung mit deutschen Kreisen. Beides gehörte für ihn zusammen – und sicherlich nicht nur für ihn. Das eine ließ und läßt sich darum auch nicht gegen das Andere ausspielen. Der Weg zur deutsch-französischen Versöhnung war langwierig, mühsam und ausgesprochen dornig. Die offizielle französische Besatzungspolitik förderte diese Entwicklung nicht. Aber sie bot Möglichkeiten dazu, vor allem den im Umkreis der französischen Militärseelsorge tätigen Geistlichen. Sie konnten Modelle der Annäherung, der Zusammenarbeit, der Verständigung mit den Deutschen – natürlich vor allem mit den Mitgliedern der eigenen Konfession – entwerfen, erproben und auch verändern. Dieser Prozeß läßt sich exemplarisch an Marcel Sturm ablesen. Daß alles das, was er tat, möglich war, lag sicher in hohem Maße an seiner Persönlichkeit. Aber gleichzeitig gehörte dazu doch auch die komplexe Eigenart der Kirchenpolitik Frankreichs in seiner Besatzungszone.

Anschriften der Mitarbeiter

Prof. Dr. Martin Greschat, Institut für Evangelische Theologie/Kirchengeschichte
der Justus-Liebig-Universität Gießen, Karl-Glöckner-Straße 21, Haus H,
35395 Gießen

Prof. Dr. Johannes Hofmann OSB, Theologische Fakultät der Katholischen Universität,
Ostenstraße 26–28, 85072 Eichstätt

Prof. Dr. Harm Klüeting, Historisches Seminar der Universität Köln,
Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln-Lindenthal

Privatdozent Dr. Uwe Rieske-Braun, Philosophische Fakultät der
Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, Lehrstuhl für
Systematische Theologie (evang.), Historische Theologie, 52056 Aachen